

EWN

Entsorgungswerk für
Nuklearanlagen



Pressespiegel

15.10.2021

Inhalt

EWN

1 | **Am Ende entschied die Verlässlichkeit**

Schweriner Volkszeitung - Zeitung für die Landeshauptstadt, 15.10.2021 3

2 | **AKW-Bauschutt: Auch Gremersdorf zieht vor Gericht**

Lübecker Nachrichten - Bad Schwartauer Nachrichten, 15.10.2021 5

📰 Schweriner Volkszeitung - Zeitung für die Landeshauptstadt | 15.10.2021 | S. 02-SEITE 2

📄 Auflage: 19.166 | Reichweite: 37.417

👤 Max-Stefan Koslik

Am Ende entschied die Verlässlichkeit

Der Tag danach: SPD und Linkspartei machen sich für die Koalitionsverhandlungen fit

Katerstimmung oder Sektlaune: Eine deutlich aufgeräumte Simone Oldenburg gab gestern nach der SPD-Entscheidung vom Vorabend für rot-rote Koalitionsverhandlungen die ersten Interviews. Ein sichtbar enttäuschter CDU-Verhandlungsführer Eckhardt Rehberg begann umgehend hinter den Kulissen auszuteilen.

Was zum Schluss den Ausschlag für Rot-Rot gegeben hat, war nicht die Frage, ob es zwei oder drei Ministerien für die deutliche geschrumpfte CDU geben werde. Selbst inhaltlich war die CDU-Verhandlungsgruppe nahe an den SPD-Positionen. Vielmehr herrschte am Mittwochabend bei allen beteiligten SPD-Gremien vom Geschäftsführenden Vorstand über den Landesparteierrat bis zur stark angewachsenen Landtagsfraktion bei der einstimmigen Abstimmung für die Links-Koalition eine große Aufbruchstimmung und zugleich ein großes Misstrauen gegenüber der personellen Aufstellung der CDU.

Teilnehmer berichten, dass die vermeintliche Zerstrittenheit des alten Koalitionspartners, das Ringen Alt gegen Jung und die fehlende Verlässlichkeit der Ansprechpartner den Ausschlag für die Entscheidung gegeben habe. Es sei dabei auch um die Frage gegangen, wer nach den möglichen Koalitionsverhandlungen bei einem Partner CDU überhaupt das Sagen habe. Rehberg und Wirtschaftsminister Harry Glawe, beide Mitglieder in der CDU-Verhandlungsgruppe, würden es in Zukunft offenbar nicht mehr sein. Die SPD-Spitzenkandidatin und Ministerpräsidentin Manuela Schwesig hatte von Beginn an auch in der Öffentlichkeit die Verlässlichkeit zum entscheidenden Kriterium für die Partnerwahl erklärt. „Am Ende wird Verlässlichkeit den Ausschlag geben“, hatte sie zu Beginn der Sondierungen vor zwei Wochen gesagt. Aus der Gremiensitzung am Mittwochabend wird berichtet, dass selbst diejenigen für Rot-Rot gestimmt hätten, die sonst sichtbar keine besonderen Sympathien für die Linkspartei hegten.

Dem entsprechend lauteten gestern auch die ersten Reaktionen. Die stellvertretende Bundesvorsitzende

der CDU, Julia Klöckner, kritisierte die SPD scharf. „Dass die SPD in Mecklenburg-Vorpommern mit den Linken koalieren will, deren Vorsitzender wohl inoffizieller Mitarbeiter der DDR-Staatssicherheit war, lässt einen fassungslos über die Geschichtsvergessenheit der SPD staunen“, erklärte Klöckner in Berlin. Der Co-Vorsitzende der Linken, Torsten Koplín, diente in der DDR beim Wachregiment „Feliks Dzierzynski“ des Staatssicherheitsdienstes. Nach Stasiunterlagen-gesetz gilt er mit diesem Wehrdienst als hauptamtlicher Mitarbeiter. Koplín hatte sich in den letzten 30 Jahren mehrfach dazu bekannt. Von politischer Mitte könne keine Rede mehr sein, sagte Klöckner. „Es wird immer deutlicher, dass die unkritische Orientierung von Frau Schwesig nach Russland nun mit einer solchen Koalition manifestiert werden soll.“

Die Co-Vorsitzende der Linkspartei, Susanne Hennig-Wellsow, hat die Entwicklungen bei der Regierungsbildung in Berlin und Mecklenburg-Vorpommern hingegen begrüßt. „Die zweite sehr gute politische Entscheidung in dieser Woche - das Ziel r2g in Berlin erfolgreich zu verhandeln“, schrieb Hennig-Wellsow bei Twitter.

Aber was jetzt mit dem Votum anfangen? Die Ziele von SPD und Linker sind klar und offenbar schon in den Sondierungen benannt worden: starke Wirtschaft, gute Arbeit mit guten Löhnen, sozialer Zusammenhalt und solide Finanzen. Laut Schwesig soll es ein Tariftrueugesetz, ein landesweites Rufbussystem und das Wahlalter mit 16 Jahren geben. Im ländlichen Raum sollen alle Krankenhäuser erhalten werden. Neue Schulden wolle man nicht machen.

Gestern ging es um die Aufstellung der Verhandlungsgruppen. Für die SPD sollen Manuela Schwesig, Energieminister Christian Pegel, Fraktionschef Thomas Krüger, Finanzminister Reinhard Meyer und Generalsekretär Julian Barlen die Verhandlungen bei den Fachthemen führen. Bei den Linken bilden Simone Oldenburg sowie die beiden Landesvorsitzenden der Partei, Wenke Brüdgam und Torsten Koplín, den Kern eines größeren Teams, das gestern Abend im Landes-

vorstand noch ausgeformt werden sollte. Heute Vormittag sollen die ersten Verhandlungen für einen Koalitionsvertrag geführt werden. Am Mittag gibt es einen Pressetermin, bei dem Schwesig und Oldenburg über die ersten Gespräche informieren wollen. Bis Mitte November, so hatte Schwesig angekündigt, soll der Vertrag und auch die Regierung stehen. Ganz offenbar geht man davon aus, dass die SPD sechs und die Lin-

ke zwei der acht Ministerien erhält. Es gab aber unter Rot-Rot auch schon einmal neun Ministerien.

Von 1998 bis 2006 hatte die SPD in MV bereits mit der PDS/Die Linke als Juniorpartner zusammen regiert. Das gegen den Willen der Bundes-SPD geschmiedete Bündnis sorgte damals als erste rot-rote Landesregierung in Deutschland für einen Proteststurm.

Lübecker Nachrichten

📰 Lübecker Nachrichten - Bad Schwartauer Nachrichten | 15.10.2021 | S. 11

📄 Auflage: 6.270 | Reichweite: 13.805

👤 Andreas Oelker

KERNKRAFTWERKS-RÜCKBAU

AKW-Bauschutt: Auch Gremersdorf zieht vor Gericht

Lübeck klagt bereits gegen Zuweisung aus Brunsbüttel - Verfahren in Ostholstein dauern an

Gremersdorf. Bereits am 4. Oktober hat die Hansestadt Lübeck beim Verwaltungsgericht in Schleswig Klage gegen die Zuweisung von 1410 Tonnen „freigemessenem“ AKW-Bauschutt aus Brunsbüttel eingereicht. Und auch die zur Gollan-Gruppe gehörende Abfallverwertungsgesellschaft (AVG) Johannistal, bei der bis Ende 2022 vorerst bis zu 900 Tonnen aus dem Rückbau des Kernkraftwerks abgelagert werden sollen, kämpft gegen die landesseitig verkündete Zwangsmaßnahme. Doch das Gremersdorfer Verfahren hinkt - vielleicht auch zum Glück der Betroffenen in Ostholstein - noch einige Schritte hinterher.

Reaktion auf AVG-Widerspruch steht aus

Auf LN-Anfrage erklärt Thilo Gollan, Chef der gleichnamigen Firmengruppe, dazu: „Es gibt bei uns nichts Neues. Auf unseren Widerspruch wurde noch nicht reagiert.“ Und Axel Guttman verdeutlicht vor Ort als Geschäftsführer der AVG Johannistal: „Wir verfolgen das Geschehen und den Fortgang des Verfahrens in Lübeck natürlich auch mit großem Interesse. Aber wir sind hier in Gremersdorf ja noch nicht soweit - und haben allerdings auch keinen Zeitdruck.“

„Nach Ablehnung wird der Klageweg beschritten“

Konkret bedeute das, dass das zuständige schleswig-holsteinische Landesamt für Landwirtschaft, Umwelt und ländliche Räume (LLUR) bislang noch nicht auf die ausführliche Begründung des AVG-Widerspruchs abschließend geantwortet habe. Guttman sagt: „Wenn die Reaktion des LLUR dann erfolgt und unser Widerspruch schließlich abgelehnt werden sollte, werden wir natürlich den Klageweg beschreiten müssen.“ Aber dazu gebe es aktuell noch keine Veranlassung.

Als Pressesprecher des in Flintbek ansässigen Landesamtes schildert Martin Schmidt den Stand und die unterschiedlichen Zeitschienen der beiden

Zwangszuweisungs-Verfahren in Lübeck und Gremersdorf wie folgt: „Während die Hansestadt den Widerspruch schon am 8. Juni 2021 begründet hat, hat die AVG Johannistal ihren am 11. Juni erhobenen Widerspruch erst am 2. August begründet - also fast zwei Monate später.“

Dreimonatsfrist für Widerspruchsbescheid

Weiter führt der LLUR-Sprecher aus, dass eine Dreimonatsfrist für die Erstellung des Widerspruchsbescheides gelte, „die mit der Vorlage der abschließenden Begründung beginnt und hier bei uns am 2. November abläuft“. Insofern befinde man sich amtlicherseits noch im Zeitrahmen und werde innerhalb dieser Frist über den Widerspruch entscheiden.

Noch innerhalb des gesteckten Zeitrahmens, allerdings in einem parallelen Vorgang und bereits einen Schritt weiter, liegt auch die Gemeinde Gremersdorf mit ihrem Ansinnen. CDU-Bürgermeister Henning Pries, hauptberuflicher Rechtsanwalt, berichtet: „Wir kämpfen weiter mit allen rechtlichen Mitteln darum, zum Verfahren der AVG Johannistal offiziell hinzugezogen zu werden und haben mittlerweile beim Verwaltungsgericht in Schleswig Klage gegen den ablehnenden Widerspruchsbescheid des LLUR erhoben.“

Pries schildert: „Aus unserer Sicht haben wir schlüssig dargelegt, dass wir als unmittelbar Betroffene ein rechtliches Interesse am Ausgang des Verfahrens zwischen Deponiebetreiber und Landesamt haben.“ Momentan sei man dabei, der ausführlichen Begründung der Klage den Feinschliff zu verpassen, um sie „bis zum Ende dieser Woche in Schleswig einreichen zu können“. Dazu bestätigt ein Sprecher des Verwaltungsgerichts den LN: „Die Gremersdorfer Klage wurde bei uns mit Wirkung vom 15. September aktenkundig.“ Insofern bewege sich die Gemeinde noch innerhalb der für die nachzureichende Erläuterung eingeräumten einmonatigen Frist.

Juristisches Hin und Her nervt Bürgermeister

Zu all diesem juristischen Hin und Her merkt Bürgermeister Pries an: „Es ist für mich und unsere Gemeinde einfach nicht nachvollziehbar, warum das Land beziehungsweise das Umwelt- und Energiewende-

Ministerium uns nicht von sich aus zu dieser Angelegenheit hinzugezogen hat.“ Schließlich wäre das auch für die von Minister Jan Philipp Albrecht stets propagierte Transparenz des gesamten Verfahrens förderlich gewesen.